



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/113

19. Mai 1951,

Hinweise  
auf den Inhalt:

|  |      |
|--|------|
| Zu einem Buch von Abetz                | S. 1 |
| Auch der Prager Schinken verstaatlicht | S. 3 |
| Das Polizei-Regime an der Saar         | S. 4 |
| Ost-Landrat sein, ist gefährlich       | S. 5 |

## Moskaus Weg nach Europa

P.R. Auch in dem soeben erschienenen Erinnerungsbuch des letzten deutschen Botschafters in Paris, Otto Abetz, der freilich mehr ein ‚Hoher Kommissar‘ in einem besetzten Lande war, findet sich, sinngemäss, die Auffassung, wenn die Westmächte sich rechtzeitig zu einer Einigung mit Hitler-Deutschland hätten entschliessen können, wäre es ihnen erspart geblieben, heute faszi- niert auf den gewaltig drohenden sowjetischen Koloss starren zu müssen.

Die gleiche Überlegung wird täglich, hundertfach abgewandelt, vor allem in Versammlungen der um die Ehrenrettung Hitlers bemühten Rechtsradikalen laut. Sie beginnt mit der gewiss unleugbaren Fehleinschätzung der bolschewistischen Gefahr durch Roosevelt und führt bis zur angeblich ausgelassenen Chance, das Dönitzsche Angebot der deutschen Waffenhilfe gegen die Sowjets nicht angenommen zu haben. Sollen sie doch sehen, wie sie jetzt mit den Russen fertig werden, nachdem Hitler es (beinahe) geschafft hatte. Das ist der Tenor und es fehlt eigentlich nicht viel, dass man auch hier von einem Dolchstoss spricht, den in diesem Fall die Westalliierten in den Rücken des antibolschewistischen Heros Hitler

gestossen hätten.

Natürlich ist es töricht, schwere alliierte Fehler und Irrtümer in der Behandlung des russischen Problems zu leugnen. Aber sie berühren nicht den Kern. Die Schuld liegt weiter zurück: Die Politik Hitlers war es, die die Sowjetunion nach Europa hereingeholt hat, die den cordon sanitaire, jenen Gürtel der der Sowjetunion vorgelagerter kleinerer Staaten zerstörte. Brennend wünschten die westlichen Alliierten, damals noch England und Frankreich allein, die sowjetische Bundesgenossenschaft, freilich nicht um den geforderten Preis, "zum Schutze Russlands" die baltischen Staaten aufzugeben - von den anderen Anliegen Moskaus, die Polen und Finnland betrafen, ganz abgesehen.

In diese Lücke stiess Hitlers Politik brutal und bedenkenlos, aber auch schon einigermaßen im Banne ihrer eigenen Zwangsläufigkeit. In dem Vertrag vom 23. August 1939 mit dem Kreml sagte er alles zu, was die Westmächte verweigert hatten und zusätzliche Geheimklauseln befassten sich mit der Aufteilung Polens und der Abtretung eines Streifens finnischen Gebietes an die Sowjetunion. So konnte der Angriff Hitlers auf Polen beginnen, Polen wurde aufgeteilt, die baltischen Staaten wurden kassiert. Allein Finnland widersetzte sich erfolgreich und ist noch heute frei.

Dass Hitler im Juni 1941 dann auch den Angriff über die neue gemeinsame Grenze hinweg gegen die Sowjetunion wagte, geschah, von ihm aus gesehen, fast schon aus einer gewissen Notwendigkeit, wie besonders überzeugend der langjährige rumänische Botschafter in Moskau und zeitweilige rumänische Aussenminister Gafencu nachgewiesen hat. Es geschah, weil Hitler es sich einfach nicht leisten konnte, mit der ständigen russischen Drohung im Rücken einen Kampf auf Leben und Tod zu führen, dessen Dauer nicht abzusehen war. Er und niemand anders hat die riesige Macht Moskaus an die deutsche und damit die mitteleuropäische Grenze herangeführt. Alles, was danach kam und auch, was sich heute als die grosse Drohung für die ganze westliche Welt darstellt, war nur die Folge davon.

Auch Prager Schinken wurde "volkseigen"

Wien, Mitte Mai.

Wohl keine Hauptstadt hinter dem Eisernen Vorhang hat durch das "volksdemokratische" Regime ihr Gesicht so geändert, wie die Metropole an der Moldau, Budapest, die Rivalin an der Donau, hat seine Schönheit durch Bomben und Granaten eingeblasst; Prag dagegen war vom Krieg fast verschont geblieben. Nun zerstören die "Volksdemokraten", was vom Nimbus der "Goldenen Stadt" sich über den Krieg gerettet hat.

Nach der Zerschlagung des industriellen und gewerblichen Privatbesitzes ist nun auch die "Überführung" der Ladengeschäfte und freiberuflichen Büros in "Volkseigentum" zu einem Abschluss gekommen. Die Aufschrift "Narodni Podnik" (Volkseigener Betrieb) prangt nicht nur über den Fabrikatoren und grossen Warenhäusern, sondern auch über jenen Prager Fleischerläden, in denen früher Herr Chmel oder Maceska den weltberühmten Schinken verkauften. Die kommunistische Verkaufsgenossenschaft "Bratrstvi" (Brüderschaft) hat durch ihre 2.000 Verkaufsstellen in Prag die privaten Geschäftsunternehmer ausgeschaltet. Die enteigneten Fleischerläden wurden in der staatlichen Gesellschafter "Masna" zusammengefasst.

Auch den Textil- und Wäschehandel hat der kommunistischen Staatsapparat an sich gerissen und betreibt ihn in den Staatsläden der "TEP" (Textilverkaufsstellen) weiter. Wo immer man in Prag eine der altbekannten grossen Geschäftsstrassen entlanggeht, stösst man auf Filialen der Staatsläden. "Jas"-Geschäfte verkaufen Lederwaren und Schuhe, und die "Pramen"-Filialen haben sich dort eingenistet, wo private Lebensmittelhändler zugrundegewirtschaftet und enteignet wurden. "Kovomat" heissen die Läden für Metallwaren und die ansehnliche Prager Weiblichkeit bezieht den schlechten inländischen Ersatz für ausländische Parfümeriewaren und Kosmetika nunmehr von der staatlichen "Chemodroga". Aber selbst vor den bekannten Prager Kaffeehäusern hat der staatliche Zugriff nicht Halt gemacht. Sie wurden in Kommunalbesitz überführt und den Kellnern - als öffentlichen Bediensteten - das Tragen des Fracks verboten. Die verstaatlichten Lichtspielhäuser runden das Bild des "volkseigenen" Lebens im Schatten des Wraščins ab.

19. Mai 1951.

Wann fällt der Visumzwang?  
-----

A.F.Paris, im Mai.

Aufgrund einer Entscheidung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) vom August 1950 sollte grundsätzlich der Visumzwang innerhalb Westeuropas beseitigt werden. Für Deutschland wollte man die Wiederherstellung der deutschen Passhöhe abwarten. An sich könnte nunmehr an die Regelung dieser Frage gedacht werden, selbst wenn die deutsche Passhöhe noch nicht restlos besteht. Trotzdem sind zurzeit noch keinerlei Verhandlungen im Gange, weder im Rahmen der OEEC noch in direkten Aussprachen zwischen der deutschen und den anderen Regierungen. Inoffiziell ist zu erfahren, dass die Regierung in Bonn vorläufig an der Beseitigung des Visumzwanges nicht besonders interessiert ist, weil ihr damit eine beachtliche Einnahmequelle entginge. Damit wird freilich weder den deutschen Auslandsreisenden gedient noch dem deutschen Fremdenverkehr.

+ + +

Die Demokratie an der Saar  
-----

(sp) Die Gründe dafür, dass sich die Frage der Wahrung der Grundfreiheiten an der Saar jetzt für Bonn in eindringlichster Form stellt, müssen in erster Linie in Saarbrücken und in Paris gesucht werden. Es geht dabei nicht vorwiegend um die "aussenpolitischen" Äusserungen des Saargebietes, sondern um innenpolitische Fakten, die zeigen, wie sich die Regierung Hoffmann von der Grundlage eines Rechtsstaates entfernt hat. Es ist ein Gebot der Verantwortung Bonns gegenüber der Saarbevölkerung und eine Konsequenz unserer Verfassung, dass Bundesregierung und Bundestag erneut den Zuständen an der Saar, die einen Vergleich mit Ostdeutschland zulassen, entgentreten.

Das polizeiliche Vorgehen gegen BPS-Vertreter in Strassburg, das Verbot einer Pressekonferenz in der gleichen Stadt, analoge Verbote in Saarbrücken, Verweigerung der Einreise von Bundestagsabgeordneten und Hoffmanns Methode der Drohungen und Repressalien gegen Sportler und andere Privatpersonen, die Kontakt mit der Bundesrepublik suchen, das sind die Anlässe, die jetzt offenbar auch die bisher sehr "neutralen" Abgeordneten des Bundestages von der Not-

wendigkeit einer entschiedenen Stellungnahme überzeugt haben.

Die tiefer und länger zurückliegenden Gründe dieser Lage, auf die von der SPD immer wieder hingewiesen wurde, stehen auch heute im Brennpunkt. Ein wesentlicher Teil davon ist die Wiederherstellung der Demokratie an der Saar. Wollte die Bundesregierung jetzt noch "aus taktischen Gründen" eine Auseinandersetzung mit den in Strassburg reflektierten Zuständen an der Saar umgehen, so übernehme sie nicht nur die Verantwortung, sondern auch die Schuld für alle Wirkungen dieser Haltung.

+ + +

Landräte am laufenden Band  
-----

(sp) Eine Inflation in Landrätern ist in den letzten Jahren über die Ostzone gerollt. In manchen Landkreisen wurden die Landräte "am laufenden Band" ausgewechselt, ohne dass die zuständigen Kreistage vorher Stellung nehmen konnten. Allein im Lande Mecklenburg mit seinen nur 20 Landkreisen wurden seit 1945 über 130 Landräte auf Geheiss der SED und der sowjetischen Kontrollstellen "ausgewechselt". In den meisten Kreisen traten halb- und dreivierteljährlich jeweils neue Landräte in kurzlebige Aktion, so dass in letzter Zeit die "Einführungsfestlichkeiten" für die Landräte nicht die geringste Resonanz in der Öffentlichkeit mehr fanden. Nur in zwei mecklenburgischen Landkreisen, in Ludwigslust und Parchim, konnten sich die Landräte - alte kommunistische Funktionäre - bis 1949-50 im Amt halten. Jetzt fielen auch sie über Nacht einer Säuberungswelle zum Opfer.

In den ersten Jahren nach 1945 waren Landräte fast ausschliesslich alte, kommunistische Funktionäre. Sie wurden im Laufe der Zeit samt und sonders durch junge, besonders geschulte und "in fortschrittlicher stalinistischer Doktrin" ausgerichtete SED-Funktionäre ersetzt. Die Enttäuschung bei den alten Kommunisten ist gross. Die meisten Landräte in Mecklenburg sind heute 25 bis 30 Jahre alt. Das sind die willfährigen, gelehrigen und bedingungslos gehorchenden Jungfunktionäre, wie die SED sie zur Durchsetzung ihrer Ziele braucht.

Die Kreistage als angeblich massgebende demokratische Institution spielen bei der Abberufung und Neuwahl keine Rolle. Die SED allein bestimmt autoritär, wer Landrat wird. Der Kreistag hat nachträglich nur "einstimmig" seine Zustimmung zu geben.

-----  
Verantwortlich: i.W. Josef Schmidt